

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Jakob Vogel und Gudrun Stöckel

Abspaltung der *Mehsud*-Stämme von pakistanischen Taliban

Ende Mai 2014 berichteten internationale Medien, dass sich die so genannten *Mehsud*-Stämme von den pakistanischen *Tehrik-i-Taliban* (TTP) losgesagt und Khalid Mehsud als ihren Führer für Süd-Wasiristan bestimmt hatten. Ein *Mehsud*-Sprecher warf der TTP-Führung verbotene („*haram*“) Aktivitäten wie Verschwörung und kriminelle Maßnahmen wie Bombenanschläge auf öffentliche Plätze, Erpressungen und Morde von Geistlichen vor. Die zwölf *Mehsud*-Stämme stellen die größte Gruppe der TTP, die 2007 von Baitullah Mehsud, der 2009 von einer US-Drohne getötet wurde, gegründet wurden. Nach dem Tod seines Nachfolgers, Hakimullah Mehsud, im November 2013 setzte sich der aus dem Swat-Tal stammende Mullah Fazlullah gegen Khalid Mehsud durch, mit ihm führte erstmals ein Nicht-Mehsud die TTP. Im April setzte Fazlullah einen stammesinternen Rivalen von Khalid Mehsud als TTP-Chef in Süd-Wasiristan ein und löste damit interne Kämpfe mit bis zu 100 Toten aus, welche bis in die Metropole Karachi reichten. Dort treiben die Taliban Unterstützungsgelder ein, über deren Kontrolle es ebenfalls Streit gibt. Fazlullah gilt als Gegner von Friedensgesprächen mit der Regierung, während die Mehsud kriegsmüde seien. Da sie die meisten Kämpfer stellen, leiden die *Mehsud* am stärksten unter Krieg und Drohnenangriffen. Ihre Mitglieder sind zu Zehntausenden aus den Stammesgebieten geflohen. Die möglichen Auswirkungen dieser Abspaltung etwa auf die Friedensgespräche mit der pakistanischen Regierung galten zunächst als unklar. Die pakistanische Regierung unter Sharif hatte Friedensgespräche mit den Taliban begonnen, um den seit mehr als zehn Jahre andauernden Terror in Pakistan zu beenden. Die Vermutung einer militärischen Eskalation hat mit dem nur wenig später erfolgten Attentat auf den Flughafen in Karachi eine erste Bestätigung gefunden. Zudem wird diese Abspaltung auch als Beleg für die divergierenden Interessen ausländischer Geheimdienste bezüglich der Taliban in Pakistan bewertet. Fazlullah steht dem afghanischen Geheimdienst NDS nahe, der in Pakistan nach Einfluss auf die pakistanische Regierung strebt. Demgegenüber versucht der pakistanische Geheimdienst ISI die *Mehsud*-Stämme als Instrument seiner Interessen in Afghanistan einzusetzen.

23 Tote bei Anschlag auf Markt in Rawalpindi

Anfang April 2014 starben 23 Menschen, nachdem auf einem belebten Markt in Rawalpindi, nahe der Hauptstadt Islamabad, zur morgendlichen Stoßzeit eine Bombe detonierte; mehr als drei Dutzend Menschen wurden verletzt. Dieser Anschlag gilt als der seit Jahren schwerste in der Region. Es war der zweite Anschlag in der Hauptstadtregion, seit die pakistanischen Taliban (TTP) Anfang März 2014 eine Waffenruhe verkündet hatten. Die TTP stritt nach Presseberichten jedoch die Verantwortung für dieses Attentat ab.

Taliban stürmen den Internationalen Flughafen in Karachi

Angriffe an zwei Eingängen des Jinnah-Airports führten am späten Abend des 08. Juni 2014 zu stundenlangen Schusswechseln unter anderem im VIP-Terminal sowie im Frachtterminal des Flughafens. Nach Presseberichten bekannten sich die pakistanischen Taliban TTP zu diesem Anschlag. Ihr Ziel war es, so deren Sprecher Shahidullah Shahid, die Regierung zu treffen, Flugzeuge zu entführen oder zu zerstören und staatliche Einrichtungen zu zerstören. Der Angriff auf den Flughafen gelte zudem nur als ein Beispiel ihrer Fähigkeit und Entschlossenheit auch zu weiteren noch schlimmeren Angriffen. Zudem sei diese Flughafenattacke eine Reaktion auf vorherige Angriffe der pakistanischen Armee auf Taliban-Stellungen im Tirah-Tal entlang der Grenze zu Afghanistan. In Presseberichten wurden unbestätigte Meldungen pakistanischer Sicherheitskräfte wiedergegeben, wonach der Angriff vor allem usbekischen Terroristen zugeschrieben wurde, ohne jedoch schon belastbare Belege zu haben. Hierbei waren vermutlich Verweise auf vorherige Angriffe des *Islamic Movement of Uzbekistan* (IMU), unter anderem auf den Flughafen von Peschawar im Jahr 2012, oder der Angriff auf die Marinebasis von Mehran nahe Karachi im Jahr 2011 maßgebend. Später gingen Bekenner schreiben ein, wonach sowohl TTP als auch IMU sich zu diesem Angriff und ihrer Kooperation bekannten. Nachdem pakistanische Sicherheitskräfte den Flughafen nach einem der schwersten Terroranschläge der vergangenen Monate in Pakistan wieder unter ihre Kontrolle bringen konnten, wurden insgesamt 37 Tote bekannt, darunter Talibanangreifer, Sicherheitskräfte und mehrere zivile Flughafenmitarbeiter. Auch zwei

Flughafengebäude sowie fünf Flugzeuge brannten im Zuge der Kämpfe. Der Betrieb des landesweit größten Flughafens wurde am Nachmittag des Folgetages wieder aufgenommen. Einen Tag später kam es zu einem erneuten Angriff auf ein Flughafengebäude. Zwei bewaffnete Motorradfahrer hatten ein Gebäude des Sicherheitsdienstes außerhalb der Sicherheitszone beschossen, konnten von Sicherheitskräften aber rasch vertrieben werden. Dennoch wurde der Flugbetrieb kurzzeitig eingestellt.

Vergeltungsangriff der Luftwaffe gegen Taliban

Als Reaktion auf den Überfall auf den Internationalen Flughafen in Karachi griff die pakistanische Luftwaffe am 15. Juni 2014 Stützpunkte der Taliban und anderer Extremistengruppen nahe Miranshah, dem Verwaltungszentrum von Nord-Wasiristan, an. Nach Presseberichten kamen dabei mehr als 100 Talibankämpfer ums Leben, Angaben in Pakistan schwankten von einigen Dutzend bis über 150 Toten. Diesem Luftangriff gingen ein US-Drohnenangriff sowie ein weiterer pakistanischer Luftangriff gegen Talibanstellungen eine Woche zuvor mit rund 40 getöteten mutmaßlichen Talibankämpfern voraus. Zuvor gab es im März 2014 Verhandlungen zwischen der pakistanischen Bundesregierung und den Taliban sowie eine zeitweilig von den Taliban erklärte Waffenruhe. Der jüngste Luftangriff hatte nach Agenturmeldungen eine Zusammenkunft mehrerer Führer verschiedener Extremistengruppen zum Ziel – hierbei wurde unter anderem Abu Abdul Rehman al-Maani, einer der mutmaßlichen Planer der Flughafen-Besetzung, getötet.

Erneut Blasphemie-Todesurteile gegen Christen verhängt

Anfang April 2014 wurde ein christliches Ehepaar zum Tode verurteilt, nachdem es im Juli 2013 nach Blasphemievorwürfen eines Imam verhaftet worden war. Ihnen wird zur Last gelegt, blasphemische Textnachrichten verschickt zu haben. Ein Sprecher einer pakistanischen Organisation, die die Rechte religiöser Minderheiten unterstützt, wird in Presseberichten zitiert, dass sie das Urteil nicht akzeptieren und vorhabe, in Berufung zu gehen. Nur wenige Tage zuvor hatte ein Gericht in Lahore einen 28-jährigen Christen wegen Schmähung des Islam zum Tode verurteilt, da er sich häufiger beleidigend über den Propheten Mohammed geäußert habe. Hierfür lagen jedoch keine Beweise, sondern einzig ein anschuldigende Aussage vor. Nachdem diese Vorwürfe bekannt

geworden waren, randalierte ein Mob von mehreren Tausend Menschen, warf Steine und zündete Häuser einer Siedlung an, in der zumeist Christen wohnen. Daraufhin flohen mehrere Hundert Bewohner der Siedlung, darunter Frauen und Kinder, aus Angst vor weiterer Selbstjustiz. Der Anwalt der Verurteilten wird laut Presseberichten dieses Urteil anfechten. Blasphemie, das heißt in Pakistan die Beleidigung des Propheten Mohammed, wird dort mit Haft oder sogar mit Todesstrafe geahndet, wobei bislang noch kein Blasphemie-Todesurteil auch vollstreckt wurde. Wohl wurden Beschuldigte wiederholt Opfer von Lynchjustiz. Nach vorliegenden Kenntnissen werden Blasphemievorwürfe oftmals bei privaten Streitigkeiten instrumentalisiert.

23 Tote bei Attentat auf schiitische Pilger in Belutschistan

Bei ihrer Rückkehr aus dem Iran starben am 08. Juni 2014 durch ein Attentat auf eine Gaststätte 23 Menschen in der belutschischen Stadt Taftan. Dort hatte ein Bus mit schiitischen Pilgern für eine Rast angehalten, als sie von vier Bewaffneten, darunter zwei mit Selbstmord-Bombenwesten, angegriffen wurden. Diese Attacke wird als Fortsetzung einer schon lange andauernden Serie gegen Schiiten gewertet, auch wenn zunächst keine Bekennerschreiben eingegangen sind.

Hochverratsanklage gegen Ex-Präsident Musharraf

Drei Monate nach Prozessbeginn wurde vor einem Sondergericht in Islamabad die Klageschrift wegen Hochverrats gegen den Ex-Präsidenten General Pervez Musharraf verlesen. Ihm wird vorgeworfen, 2007 mit der Verhängung des Ausnahmezustands die Verfassung außer Kraft gesetzt und damit Hochverrat begangen zu haben. Als Strafmaß ist dabei auch die Todesstrafe denkbar. Musharraf plädiert demgegenüber auf nicht schuldig und beklagt, dass der Prozess gegen ihn politisch motiviert sei. Dieses Verfahren ist eines von mehreren Gerichtsverfahren, welche seit 2013 gegen Musharraf anhängig sind, unter anderem wegen seines Putsches gegen den Premierminister Sharif, wegen der mutmaßlichen Beteiligung an der Ermordung von Benazir Bhutto sowie wegen der Absetzung mehrerer Richter des Obersten Gerichts. Musharraf war im März 2013 aus seinem Exil in Dubai nach Pakistan zurückgekehrt, um für die Parlamentswahl zu kandidieren, jedoch untersagte ihm ein Gericht die Kandidatur.

Menschenrechtskommission HRCP ruft zu Solidarität mit TV-Sender Geo auf

Mit einer Presseerklärung sprach sich die Menschenrechtskommission *Human Rights Commission of Pakistan* (HRCP) Mitte Mai 2014 gegen die Verunglimpfung des TV-Senders Geo sowie seiner Journalisten aus. HRCP verurteilt vor allem, dass Kabelnetzbetreiber Geo-Programme abgeschaltet hätten, obwohl es hierfür keinerlei Auflagen der pakistanischen Medienaufsicht, *Pakistan Electronic Media Regularity Authority* (PEMRA), gegeben habe. Dementsprechend erwartet HRCP eine offizielle Untersuchung und Bestrafung dieser Vergehen gegen die Pressefreiheit. Zudem ruft HRCP zu Solidaritätsbekundungen und zur Unterstützung für Geo auf.

Maßnahmen gegen Belästigungen von Frauen im Öffentlichen Personennahverkehr

Als Reaktion auf wiederholte Belästigungen von Frauen im öffentlichen Personennahverkehr organisierte die pakistanische Nichtregierungsorganisation *Social Research and Development Organization* (SRDO) Ende Mai 2014 Seminare für Busfahrer sowie für Verantwortliche der Verkehrsunternehmen und -organisationen vor allem in Karachi. Hierbei wurde SRDO unter anderem von ActionAid unterstützt.

***Pakistan India Peoples' Forum for Peace and Democracy* (PIPFPD) begrüßt Nawaz Sharifs Teilnahme an Modis Vereidigung**

Neben weiteren SAARC-Regierungschefs hat Nawaz Sharif angekündigt, an der Vereidigung des neuen indischen Premiers Narendra Modi teilzunehmen. Mit einer Pressemitteilung begrüßt das *Pakistan India Peoples' Forum for Peace and Democracy* (PIPFPD) diese Entscheidung. Das Forum plädiert für eine Fortsetzung von Dialog und Verhandlungen und verweist dabei unter anderem auf die jüngste Freilassung von 151 Indern, meist Fischer, aus pakistanischer Haft. Hierbei fordert das Forum von beiden Staaten, eine *No Arrest Policy* sowie eine gemeinsame Fischereizone zu schaffen, damit die Fischer ungehindert ihrem Einkommenserwerb nachgehen könnten. Darin wird eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme gesehen. Ähnliches wird auch für die Pressearbeit gefordert. So beklagt PIPFPD, dass Pakistan noch vor kurzem zwei indische Journalisten ohne weitere Begründung ausgewiesen habe. Gerade Journalisten hätten in der jüngsten Vergangenheit ein wichtiges Bindeglied zur Verständigung zwischen den beiden Zivilgesellschaften dargestellt. Im Gegensatz

dazu behinderten beide Staaten etwa durch bizarre Visaregeln den direkten Austausch und ließen eine Verstärkung der Intoleranz zu.

Pakistanische Journalistinnen fordern 33 Prozent der Sitze in Entscheidungsgremien ihrer Gewerkschaft

Die *Pakistan Federal Union of Journalists* (PFUJ) und *Aurat Foundation*, eine der führenden pakistanischen Frauenorganisationen, haben am 2. Mai 2014 gemeinsam in Lahore die *All-Pakistan Women Journalist Convention* (APWJC) organisiert. Um die 150 Journalistinnen aus allen Teilen des Landes nahmen daran teil. Am Ende des Treffens wurde die *Lahore Declaration* von der Versammlung einstimmig verabschiedet. Bekannte Menschenrechtsaktivistinnen wie Asma Jahangir, Moneeza Hashmi und Jugnu Muhsin unterstützten die Forderungen der Journalistinnen auf der Versammlung. Die *Lahore Declaration* fordert neben der Öffnung der Mitgliedschaft für alle Journalistinnen in dem von der Gewerkschaft geführten Presseclub, dass 33 Prozent der Sitze aller Entscheidungsgremien der Gewerkschaft für gewählte Frauen zur Verfügung stehen. Darüberhinaus werden weitergehende Forderungen wie Sitze in anderen presserelevanten Gremien sowie im *Pakistan Press Council* gestellt. Die Verlagshäuser werden aufgefordert, Journalistinnen grundlegende Unterstützung zukommen zu lassen, indem sie Kinderbetreuungsplätze, separate Toiletten und Aufenthaltsräume einrichten. Es sollen Beschwerdestellen für Fälle sexueller Belästigung am Arbeitsplatz aufgebaut und das Gesetz *Protection Against Harassment of Women at Workplace Act* (aus dem Jahre 2010) umgesetzt werden. Weitergehende arbeitsrechtliche Forderungen bezogen sich auf Mutterschutz, Lohngleichheit, Sozialversicherungen und gleichberechtigten Zugang zu sozialen Leistungen.

Impfkampagne für 700.000 Kinder

Mitte Juni begann Ismail Khan in Peschawar und Dera mit rund 2400 Teams eine Polio-Impfkampagne für 700.000 Kinder. Diese wird durch Sicherheitskräfte geschützt, da bis Mai 2014 insgesamt 54 Menschen von Attentaten gegen Impfteams betroffen waren und 29, meist Polizisten, getötet wurden. Zuvor hatte die WHO Reisesanktionen gegen Pakistan erlassen, weil in den Stammesgebieten vier neue Poliofälle, und damit 2014 landesweit insgesamt 82, bekannt geworden waren. Der Virenstamm aus Pakistan wurde seit 2011 in fünf weitere Länder, darunter Syrien und Israel, übertragen.